

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
Sechstes Hauptstück				
Von dem Pfandrechte			Das Pfandrecht	
Begriff von dem Pfandrechte und Pfande			Pfandrecht und Pfand	
§ 447. ¹ Das Pfandrecht ist das dingliche Recht, welches dem Gläubiger eingeräumt wird, aus einer Sache, wenn die Verbindlichkeit zur bestimmten Zeit nicht erfüllt wird, die Befriedigung zu erlangen. ² Die Sache, worauf dem Gläubiger dieses Recht zusteht, heißt überhaupt ein Pfand.	Begriff des Pfandrechts und des Pfandes	idF JGS 1811/946	§ 447. ¹ Das Pfandrecht ist das dingliche Recht des Gläubigers, aus einer Sache Befriedigung zu erlangen, wenn seine Forderung trotz Fälligkeit nicht erfüllt wird. ² Die dem Gläubiger als Sicherheit dienende Sache wird Pfand ¹ genannt.	
Arten des Pfandes			Eignung zum Pfand	
§ 448. ¹ Als Pfand kann jede Sache dienen, die im Verkehre steht. ² Ist sie beweglich, so wird sie Handpfand, oder ein Pfand in enger Bedeutung genannt; ist sie unbeweglich, so heißt sie	Nötige Sachqualität; bewegliche und unbewegliche Pfänder	idF JGS 1811/946	§ 448. ¹ Als Pfand kommt jede verkehrsfähige ³ Sache in Betracht. ² Ist sie beweglich, so heißt sie Handpfand, ist sie unbeweglich, Hypothek ⁴ .	§ 448. Als Pfand kommt jede verkehrsfähige ⁵ Sache in Betracht.

¹ Abstimmungsbedarf: „Pfand“! Pfand – Pfandsache – Pfandgegenstand – ...

³ Abstimmungsbedarf: „verkehrsfähig“! (Siehe insb die §§ 303, 311, 325, 653, 654, 880, 1048.) Den Begriff „verkehrsfähig“ verwendet nunmehr auch § 654 idF des ErbRÄG.

⁴ Die Bezeichnung der Pfandsache als Hypothek verwirrt nur. Heutzutage und an anderen Stellen des ABGB (wohl seit der 3. TN) wird der Begriff meist iS des Pfandrechts an der Liegenschaft verwendet; gelegentlich bezeichnet er auch die gesicherte (Hypothekar-)Forderung (Weiser/Kletečka, Grundriss I¹⁵ Rz 1199). Abstimmungsbedarf: „Hypothek“! (Abstimmungsbedarf insb mit den §§ 1367, 1369, und 1373.)

⁵ § 306c neu enthält einen Vorschlag zur Definition.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
eine Hypothek oder ein Grundpfand ² .				
Titel des Pfandrechtes			Forderungsabhängigkeit und Pfandrechtstitel	
§ 449. ¹ Das Pfandrecht bezieht sich zwar immer auf eine gültige Forderung, aber nicht jede Forderung gibt einen Titel zur Erwerbung des Pfandrechtes. ² Dieser gründet sich auf das Gesetz; auf einen richterlichen Ausspruch; auf einen Vertrag; oder den letzten Willen des Eigentümers.	Akzessorietät (Sicherungszweck); mögliche Titel eines Pfandrechts	idF JGS 1811/946	§ 449. ⁶ ¹ Das Pfandrecht kann nur zur Sicherung einer gültigen Forderung bestehen. ² Doch nicht jede Forderung stellt einen Titel zum Pfandrechtserwerb dar. ³ Ein solcher Titel kann sich a) unmittelbar aus dem Gesetz, b) aus einer gerichtlichen Entscheidung, c) aus einem Vertrag oder d) aus dem letzten Willen des Eigentümers ergeben.	§ 449. (1) Ein Pfandrecht kann in der Regel (§ 469) nur zur Sicherung einer gültigen Forderung bestehen. (2) Titel zum Pfandrechtserwerb können sein: a) das Gesetz selbst, b) eine behördliche ⁷ Entscheidung, c) ein Vertrag oder d) eine letztwillige Verfügung des Eigentümers.
			Entstehung kraft Gesetzes	
§ 450. ¹ Die Fälle, in welchen das Gesetz jemandem das Pfandrecht einräumt, sind am gehörigen Orte dieses Gesetzbuches	Gesetzliches, gerichtliches und rechtsgeschäftliches Pfandrecht	idF JGS 1811/946	§ 450. (1) Bei entsprechender Anordnung kann ein Pfandrecht auch	§ 450. (1) Bei entsprechender Anordnung kann ein Pfandrecht

² Da die Begriffe „Pfand in enger Bedeutung“ und „Grundpfand“ im ABGB sonst nicht vorkommen, wurden sie bereits im Textvorschlag gestrichen. (Auch „Handpfand“ kommt nur in § 448 vor.) In der Alternative wird auf diesen Satz mangels (normativer) Relevanz überhaupt verzichtet.

⁶ § 449 vermischt einen Zentralaspekt des Pfandrechts (Akzessorietät) mit einer Spezialfrage, deren Grundsatz eher umgekehrt lauten sollte (regelmäßig kein Anspruch auf Pfandsicherung). De lege ferenda empfiehlt sich daher eine deutlich veränderte Konzeption dieser Vorschrift (siehe Alternativvorschlag). Bei der Akzessorietät wäre auch ein Hinweis auf die Besonderheit der forderungsentkleideten Eigentümerhypothek denkbar (so im Alternativvorschlag durch Hinweis auf § 469).

⁷ Abstimmungsbedarf: „behördlich“! (Kann auch das Gericht als Behörde bezeichnet werden?) Eine Erweiterung über die Gerichte hinaus empfiehlt sich schon deshalb, weil nach der Abgabenexekutionsordnung (§ 3 Abs 3 AbgEO) auch Abgabenbehörden Vollstreckungsverfahren einschließlich Pfändungen durchführen können (wenn auch nur bezogen auf öffentliche Abgabenforderungen).

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>und bei dem Verfahren in Konkursfällen⁸ angegeben. ²Inwiefern das Gericht ein Pfandrecht einräumen könne, bestimmt die Gerichtsordnung. ³Soll durch die Einwilligung des Schuldners oder eines Dritten, der seine Sache für ihn verhaftet, das Pfandrecht erworben werden; so dienen die Vorschriften von Verträgen und Vermächtnissen zur Richtschnur.⁹</p>			<p>unmittelbar aufgrund des Gesetzes entstehen; so in diesem Gesetzbuch nach § 1101. (2) Die Begründung eines Pfandrechts durch das Gericht wird in der Exekutionsordnung¹⁰ geregelt. (3) Eine Verpfändung kann durch den Schuldner der zu sichernden Forderung oder durch eine andere Person erfolgen; sie unterliegt den für Verträge oder Vermächtnisse geltenden Vorschriften.</p>	<p>auch ohne Übergabe unmittelbar aufgrund eines Gesetzes entstehen (§ 425). (2) ... (3) Ein Eigentümer¹¹ kann seine Sache zur Sicherung einer eigenen oder einer fremden Schuld verpfänden.¹²</p>

⁸ Nachdem sich historisch nicht leicht klären lässt, an welche Vorschrift hier gedacht wurde und überdies die geltende Insolvenzordnung kein gesetzliches Pfandrecht enthält, wird dieser Passus bereits im Textvorschlag gestrichen. Da im ABGB nur ein echtes gesetzliches Pfandrecht existiert, wird auch dies schon im Textvorschlag beachtet. In der Alternative wird Satz 1 bloß als Art „Informationsnorm“ formuliert. § 450 könnte aber auch ganz gestrichen werden.

⁹ Dieser Satz ist in vielerlei Hinsicht kaum verständlich. Auch bleibt unklar, ob es wirklich um den Pfandrechtserwerb („Pfandrecht erworben“) oder (primär) um den Titel (Pfandbestellungsvertrag) gehen soll, da der Hinweis auf „Verträge und Vermächtnisse“ klar auf den Titel abzielt. Schließlich ist die Pfandbestellung durch Vermächtnis eine Besonderheit, die nicht unbedingt im Gesetzestext stehen müsste. All dies wird im Textvorschlag und in der Alternative beachtet.

¹⁰ Das ist heute die passende Rechtsquelle, die daher schon im Textvorschlag genannt wird.

¹¹ Nur davon spricht Zeiller, Kommentar II/1 255.

¹² Da der Titel für den Pfandrechtserwerb bereits ausführlich in § 449 geregelt ist, kann der Hinweis auf Verträge (und Vermächtnisse) entfallen.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
Erwerbungsart des Pfandrechtes:			Arten des Erwerbs	
a) durch körperliche Übergabe;			Körperliche und bücherliche Übergabe sowie Übergabe durch Urkundenhinterlegung	
b) durch Einverleibung oder gerichtliche Urkundenhinterlegung;¹³				
§ 451. (1) ¹ Um das Pfandrecht wirklich zu erwerben, muß der mit einem Titel versehene Gläubiger, die verpfändete Sache, wenn sie beweglich ist, in Verwahrung nehmen; und, wenn sie unbeweglich ist, seine Forderung auf die zur Erwerbung des Eigentumes liegender Güter vorgeschriebene Art ¹⁴ einverleiben lassen. ² Der Titel allein gibt nur ein persönliches Recht zu der Sache, aber kein dingliches Recht auf die Sache.	Verpfändung durch wirkliche Übergabe oder durch Eintragung	idF RGBI 1916/69	§ 451. (1) ¹ Der Gläubiger einer Forderung erwirbt ein Pfandrecht, wenn er dafür einen Titel hat und ihm die bewegliche Pfandsache in Verwahrung gegeben wird. ² Bei unbeweglichen ¹⁵ Sachen müssen Forderung und Pfandrecht in das Grundbuch ¹⁶ eingetragen werden. ³ Der Titel allein verleiht nur einen Anspruch, aber noch kein dingliches Recht. ¹⁷ (2) ¹ Das Pfandrecht an im Grundbuch nicht eingetragenen Liegenschaften (§ 434) und an Bauwer-	

¹³ Eigenartigerweise finden sich vor § 451 zwei verschiedene Überschriften.

¹⁴ Diese Formulierung ist mehrfach unklar: Bezug auf Eigentum schon wegen GBG unnötig; „Forderung“ allein ist zu wenig, daher wird im Textvorschlag auch das Pfandrecht selbst eigens genannt.

¹⁵ Generell wäre es sehr wünschenswert, die zT bloß rudimentären Vorschriften im ABGB über den Rechtserwerb an unbeweglichen Sachen mit denen des (ausführlicheren) GBG abzustimmen und Doppelgleisigkeiten möglichst zu beseitigen.

¹⁶ Das ist viel deutlicher als die geltende Formulierung.

¹⁷ Satz könnte ohne weiteres auch gestrichen werden, da er sich schon aus dem Vorigen sowie aus elementaren Grundsätzen des Sachenrechts ergibt.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>(2) ¹Das Pfandrecht an bücherlich nicht eingetragenen Liegenschaften (§ 434) oder an Bauwerken (§ 435) wird durch die gerichtliche Hinterlegung einer beglaubigten Pfandbestellungs-urkunde erworben. ²Die Urkunde muß die genaue Angabe des Pfandgegenstandes und der Forderung mit einer ziffernmäßig bestimmten Geldsumme, bei einer verzinslichen Forde-rung auch die Höhe der Zinsen; ferner die ausdrückliche Zustimmung des Verpfänders zu der gerichtlichen Hinterlegung ent-halten.</p>			<p>ken (§ 435) wird durch die gerichtliche Hinterlegung einer beglaubigten Pfandbestellungs-urkunde erworben. ²Die Urkunde muss ent-halten</p> <p>a) die genaue Angabe des Pfand-gegenstandes, b) die genaue Angabe der Forde-rung¹⁸ mit einer ziffernmäßig be-stimmten Geldsumme, c) bei einer verzinslichen Forde-rung auch den Zinssatz¹⁹ sowie d) die ausdrückliche²⁰ Zustim-mung des Verpfänders zur ge-richtlichen Hinterlegung.²¹</p>	
<p>c) durch symbolische Übergabe;</p>			<p>Übergabe durch Zeichen</p>	
<p>§ 452. ¹Bei Verpfändung derje-nigen beweglichen Sachen, wel-che keine körperliche Übergabe von Hand zu Hand zulassen,</p>	<p>Unmöglichkeit/ Untunlichkeit körperlicher Übergabe</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 452. ¹Die Verpfändung jener be-weglicher Sachen, die keine kör-perliche Übergabe (§ 426) zuläs-</p>	<p>§ 452. (1) Die Verpfändung be-weglicher Sachen, deren kör-perliche Übergabe (§ 426) auf-</p>

¹⁸ Nach hA ist auch deren Rechtsgrund anzuführen [Hofmann in Rummeß § 451 Rz 15 (Stand 1.1.2000, rdb.at) (unter Berufung auf § 26 GBG); Klang in Klang II² 434 (unter Berufung auf den Verweis in § 451 Abs 2 auf § 434 und dessen Zusammenhang mit § 433)], was man – da nicht selbstverständlich – in der Alternative ausdrücklich sagen könnte.

¹⁹ „Zinssatz“ ist unmissverständlich und daher wohl vorzugswürdig.

²⁰ Abstimmungsbedarf: „ausdrückliche Zustimmung“!

²¹ De lege ferenda könnte die Bestimmung etwa wie folgt ergänzt werden: (3) *Für die Begründung eines Pfandrechts an Schiffen und Schiffsbauwerken ist das Gesetz vom 15.11.1940, dRGBl 1940 I S 1499 vorrangig zu beachten.* (Dann wäre auf dieses Gesetz aber wohl auch beim Eigentumserwerb usw zu verweisen.)

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>muß man sich, wie bei der Übertragung des Eigentumes (§ 427), solcher Zeichen bedienen, woraus jedermann die Verpfändung leicht erfahren kann.²Wer diese Vorsicht unterläßt, haftet für die nachteiligen Folgen.</p>			<p>sen, wird wie bei der Eigentumsübertragung (§ 427) durch Zeichen vorgenommen, die deutlich auf die erfolgte Verpfändung hinweisen.²Wer dies unterläßt, haftet für die nachteiligen Folgen²².</p>	<p>grund ihrer Beschaffenheit un- zweckmäßig ist²³, kann auch²⁴ durch Zeichen vorgenommen werden (§ 427), die deutlich auf die erfolgte Verpfändung hinweisen. (2)²⁵ Die Verpfändung von Forderungsrechten²⁶ bedarf einer Eintragung in die Geschäftsbücher des Verpfänders oder einer Verständigung des Schuldners der verpfändeten Forderung.</p>
<p>d) durch die Vormerkung;</p>			<p>Vormerkung des Pfandrechts</p>	
<p>§ 453. ¹Findet die Einverleibung einer Forderung in die öffentlichen Bücher wegen Mangels gesetzmäßiger Förmlichkeit in</p>	<p>Voraussetzungen der Pfandrechtsvormerkung</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 453. (1) ¹Ist die Einverleibung eines Pfandrechts²⁷ in das Grundbuch nicht möglich, weil die Pfand-</p>	

- ²² Dieser Satz ist anerkanntermaßen unpassend und wird als Versehen des Gesetzgebers bezeichnet (vgl nur *Klang* in *Klang* II² 436 f), weshalb er in der Alternative gestrichen wird.
- ²³ Bewegliche Sachen sind dadurch definiert, dass ihre Lage verändert werden kann. Daher lässt jede körperliche Sache eine solche Veränderung zu, weshalb der Gesetzeswortlaut (auch schon des § 427) unpassend ist und die Norm auch anders angewendet wird. Klarzustellen wäre nur (wo genau auch immer), dass es um *objektive* Unzweckmäßigkeit (Unwirtschaftlichkeit) aufgrund der Beschaffenheit geht, nicht um die Einschätzung/Interessenlage der konkret Beteiligten.
- ²⁴ Die Formulierung „kann auch“ macht deutlicher als der Originaltext, dass selbstverständlich auch bei den von § 452 erfassten Sachen eine Verpfändung durch – wenn auch untunliche – körperliche Übergabe möglich ist.
- ²⁵ Es empfiehlt sich dringend, eine ausdrückliche Regelung zur Verpfändung von (Forderungs-)Rechten aufzunehmen, da eine solche Verpfändung bzw Sicherungsbesitz große praktische Bedeutung hat, die (anerkannte) Notwendigkeit von Schuldnerverständigung bzw Buchvermerk aus dem Gesetz derzeit aber nur sehr indirekt hervorgeht. Der Vorschlag in der Alternative ist so kurz wie möglich gehalten, ohne Detailfragen anzusprechen.
- ²⁶ Weitergehender Vorschlag: „Verpfändung von Rechten“. Damit könnte man etwa auch die anerkannte Verpfändung von GmbH-Geschäftsanteilen miteinfassen. Dann müsste es am Ende etwa heißen: „... Verständigung des aus dem Recht Verpflichteten“.
- ²⁷ Da es rechtlich um die Pfandrechtsbegründung geht und auch das GBG immer auf die Eintragung des Pfandrechts (für eine bestimmte Forderung) abstellt, wird hier die Ersetzung von „Forderung“ durch „Pfandrecht“ vorgeschlagen.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>der Urkunde nicht statt; so kann sich der Gläubiger vormerken (pränotieren) lassen. ²Durch diese Vormerkung erhält er ein bedingtes Pfandrecht, welches, wenn die Forderung auf die oben §§ 438 und 439 angeführte Art gerechtfertigt worden ist, von dem Zeitpunkte des nach gesetzlicher Ordnung eingereichten Vormerkungsgesuches in ein unbedingtes übergeht.</p>			<p>bestellungsurkunde nicht alle formalen Voraussetzungen erfüllt, so kann sich der Gläubiger vormerken lassen (§ 35 GBG)²⁸. ²Durch diese Vormerkung erhält er ein bedingtes Pfandrecht. (2) Eine spätere Rechtfertigung der Vormerkung (§§ 438 und 439, §§ 40 bis 51 GBG) wirkt zurück, so dass das Pfandrecht ab dem Einlangen des Grundbuchgesuchs als unbedingtes behandelt wird²⁹.</p>	
Erwerb eines Afterpfandes			Pfandrecht an einem Pfandrecht	
<p>§ 454. Der Pfandinhaber kann sein Pfand, insoweit er ein Recht</p>	<p>Verpfändung eines Pfandrechts</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 454. ¹Der Pfandgläubiger³⁰ kann sein Pfandrecht³¹ einem Dritten</p>	<p>§ 454. ¹Der Pfandgläubiger hat im Regelfall³² das Recht, sein</p>

²⁸ Schon die Gesetzesfassung macht nicht klar, welche Voraussetzungen immer erfüllt sein müssen und wann zumindest eine Vormerkung möglich ist. Die Antwort ergibt sich nur aus § 35 GBG, weshalb ein direkter Verweis die beste Lösung ist,

²⁹ Oder einfach „unbedingt wird“.

³⁰ Gläubiger ist präziser als Inhaber (vgl die unbewegliche Sache).

³¹ Verpfändet wird das Pfandrecht, nicht die Pfandsache; daher die präzisere Formulierung „Pfandrecht“ statt bloß „Pfand“. Heftig umstritten ist jedoch, ob die Afterverpfändung auch die durch das (erste) Pfandrecht gesicherte Forderung erfasst [bejahend etwa *Oberhammer/Domej in Kletečka/Schauer*, ABGB-ON^{1.03} § 455 Rz 4 f (Stand 1.5.2017, rdb.at); grundlegend ablehnend *Apathy*, Afterverpfändung und Verständigung des Schuldners, JBI 1979, 518 (522 f)]. Nach hA ist für die Forderungsverpfändung ein gesonderter Modus (Schuldnerverständigung oder Buchvermerk) einzuhalten [*Apathy* JBI 1979, 518 (527 f)], diesem zustimmend *Koch* in KBB⁶ § 454 Rz 4; ebenso *Kodek* in *Schwimann/Neumayr*⁶ § 454 Rz 1, der auf den Meinungsstreit nicht eingeht]. Aus diesen Gründen wird insoweit weiterhin ein offener Wortlaut gewählt und kein Vorschlag zur gesetzlichen Klärung dieser Kontroverse gemacht.

³² Die – selbstverständliche und daher in dieser Form unnötige – Formulierung des § 454 lässt offen, wann dieses Recht besteht; die Lehre geht davon aus, dass es nur ausnahmsweise fehlt (*Koch* in KBB⁶ § 454 Rz 1), weshalb diese Frage hier direkt angesprochen wird. Selten sind gesetzliche Ausschlüsse (wie durch § 155 Abs 2 lit c GewO), denkbar selbstverständlich vertragliche. Zu den möglichen Wirkungen eines (vertraglichen) Ausschlusses *Iro*, *Miszellen zum Afterpfandrecht*, in *Fischer-Czermak/Hopf/Kathrein/Schauer* (Hrsg), FS 200 Jahre ABGB II (2011) 1077 (1079 ff) mwN der (kontroversen) Diskussion.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>darauf hat, einem Dritten wieder verpfänden, und insofern wird es zum Afterpfande, wenn zugleich Letzterer sich dasselbe übergeben, oder die Afterverpfändung auf das Pfandrecht in die öffentlichen Bücher eintragen läßt.</p>			<p>verpfänden (Afterverpfändung), sofern ihm ein solches Recht zusteht. ²Dann entsteht das Pfandrecht des Dritten, wenn ihm die Pfandsache übergeben oder wenn die Afterverpfändung in das Grundbuch eingetragen wird (§ 451 Abs. 1).</p>	<p>Pfandrecht einem Dritten zu verpfänden (Afterverpfändung). ²Das Pfandrecht des Dritten entsteht, wenn ihm die Pfandsache übergeben oder wenn die Afterverpfändung in das Grundbuch eingetragen wird (§ 451 Abs. 1).</p>
<p>§ 455. Wird der Eigentümer von der weiteren Verpfändung benachrichtigt; so kann er seine Schuld nur mit Willen dessen, der das Afterpfand hat, dem Gläubiger abführen, oder er muß sie gerichtlich hinterlegen, sonst bleibt das Pfand dem Inhaber des Afterpfandes verhaftet.</p>	<p>Begleichung der durch das erste Pfandrecht gesicherten Forderung</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 455. ¹Wird der Pfandeigentümer³³ von der Afterverpfändung benachrichtigt, so kann er seine Schuld³⁴ nur mit Zustimmung des Afterpfandnehmers durch Leistung an seinen Gläubiger (Afterverpfänder) begleichen; mangels Zustimmung nur durch gerichtliche Hinterlegung (§ 1425). ²Tut er beides nicht, verbleibt das Pfand³⁵ dem Afterpfandnehmer als Sicherheit.³⁶</p>	<p><i>Diese Norm müsste wohl komplett überarbeitet werden: So müsste neben dem Eigentümer (der Pfandsache) vom Schuldner (der gesicherten Forderung) die Rede sein; und beim bloßen Eigentümer wäre zu beachten, dass er selbst nicht schuldet. Was vor Verständigung von der Afterverpfändung gilt, erschließt sich auch nur allenfalls mittelbar, sollte aber wohl ausdrücklich gesagt werden. Schließlich bleibt ungeregelt, ob bzw. wann eine schuldbefreiende Zahlung an den Afterpfandgläubiger in</i></p>

³³ Hier geht das Gesetz offensichtlich davon aus, dass der persönliche Schuldner zugleich eine eigene Sache verpfändet. Das ist aber nicht immer der Fall. Der wichtige Fall, dass ein Dritter verpfändet hat, bleibt ungeregelt (ebenso die wirksame Verpfändung einer fremden Sache).

³⁴ Der bloße Pfandeigentümer schuldet nicht, weshalb anders formuliert werden sollte.

³⁵ Statt „Pfand“ könnte hier auch „Pfandrecht“ geschrieben werden, da für den Afterpfandnehmer ja nur das ihm verpfändete (erste) Pfandrecht die Sicherheit darstellt.

³⁶ Allenfalls als Absatz 2 ergänzen (idS etwa *Hinteregger/Pobatschnig* in *Schwimann/Kodek III*⁵ § 455 Rz 2): „Nach Hinterlegung besteht das Afterpfandrecht am erlegten Betrag.“ (Dieser wird aber regelmäßig rasch auf einem Konto landen, so dass damit wieder eine Regelungslücke entsteht.)

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
				<i>Frage kommt.³⁷ Schon angesichts der wohl geringen Bedeutung dieser Norm unterbleibt ein Neukonzeptionsvorschlag aber zunächst.</i>
Verpfändung einer fremden Sache			Verpfändung einer fremden oder einer bereits belasteten Sache	
§ 456. (1) ¹ Wird eine bewegliche Sache von jemandem verpfändet, dem sie nicht gehört und der darüber auch nicht verfügen kann, so hat der Eigentümer zwar in der Regel das Recht, sie zurückzufordern. ² In solchen Fällen, in denen die Eigentumsklage gegen einen rechtmäßigen und redlichen Besitzer abzuweisen ist (§§ 367 und 368),	Gutgläubiger Pfandrechtswerb sowie Vorrangserwerb	idF BGBl I 2005/120	§ 456. (1) Wird eine bewegliche Sache von jemandem verpfändet, dem sie nicht gehört und der über sie auch nicht verfügen kann ³⁸ , so hat der Eigentümer in der Regel das Recht, sie zurückzufordern. (2) ¹ In den Fällen, in denen die Eigentumsklage gegen einen rechtmäßigen und redlichen Besitzer abzuweisen wäre (§§ 367 und	§ 456. (1) ⁴² Die Verpfändung einer beweglichen Sache durch jemanden, dem sie nicht gehört und der über sie auch nicht Verfügungsberechtigt ist, ist in der Regel unwirksam (§ 442 Satz 3). (2) ¹ Jedoch kann ein Pfandrecht in jenen Fällen entstehen ⁴³ , in denen ein gutgläubiger Eigentumserwerb nach den §§ 367 ⁴⁴

³⁷ Auch die Realisierung des Afterpfandrechts durch doppelte Exekution ist höchst komplex. Dazu etwa OGH 3 Ob 228/98w NZ 2001, 130; Hofmann in Rummeß § 455 Rz 3 (Stand 1.1.2000, rdb.at); Hinteregger/Pobatschnig in Schwimann/Kodek III⁵ § 455 Rz 3; ferner Oberhammer/Domej in Kletečka/Schauer, ABGB-ON^{1.03} §§ 455 Rz 8 (1.5.2017, rdb.at), die diese Vorgehensweise kritisieren. Da sich der Gesetzgeber des HaRÄG jedoch gegen ein Einziehungsrecht des Forderungspfandgläubigers entschieden hat, ist auch beim Afterpfandrecht diese Wertung zu respektieren.

³⁸ „Kann“ ist hier nicht allzu glücklich, da es nach dieser Norm ja dennoch im Ergebnis zur Wirksamkeit der Verfügung kommen kann. Das wird im Alternativvorschlag beachtet.

⁴² Änderungsbedarf hinsichtlich § 367: Ähnlich wie der Beginn des folgenden Textes sollte wohl auch der Alternativvorschlag zu § 367 aussehen.

⁴³ Diese positive Formulierung entspricht dem heutigen Verständnis und ist viel leichter zugänglich.

⁴⁴ Dieser Verweis (es geht um sinngemäße Anwendung) ist anerkanntermaßen zu weit, weil in öffentlicher Versteigerung keine Pfandrechte vergeben werden; auch ist umstritten, ob die Verpfändung in diesem Sinn ein übliches Unternehmergeschäft darstellen kann. Ferner bestehen Unklarheiten in Bezug auf das Erfordernis der Entgeltlichkeit (wobei § 1369 Satz 1 den „Pfandvertrag“ generell als „zweiseitig verbindlich“ bezeichnet). Eine all das berücksichtigende Formulierung würde einerseits

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>ist er aber verpflichtet, den Pfandbesitzer schadlos zu halten oder das Pfand fahren zu lassen und sich mit dem Schadenersatzanspruch gegen den Verpfänder oder dritte Personen zu begnügen.</p> <p>(2) Ist die Sache mit dem Recht eines Dritten belastet, so geht das Pfandrecht des rechtmäßigen und redlichen Pfandbesitzers diesem Recht vor, es sei denn, dass der Pfandbesitzer in Ansehung dieses Rechtes nicht redlich ist (§ 368).</p>			<p>368), ist der Eigentümer aber verpflichtet, den Pfandnehmer³⁹ zu befriedigen oder ihm das Pfand zu belassen. ²Ihm steht nur ein Schadenersatzanspruch gegen den Verpfänder oder dritte Personen⁴⁰ zu.</p> <p>(3) Ist die Sache mit dem Recht eines Dritten belastet, so geht das Pfandrecht des rechtmäßigen⁴¹ und redlichen Pfandbesitzers diesem Recht vor, es sei denn, dass der Pfandbesitzer hinsichtlich dieses Rechtes nicht redlich ist (§ 368).</p>	<p>und 368, 371⁴⁵ oder 824⁴⁶ zu bejahen wäre. ²Dann ist der Eigentümer auf sein Einlösungsrecht (§ 462 Abs. 1) und auf Schadenersatzansprüche beschränkt.</p> <p>(3) War die Sache bei der Verpfändung mit dem Recht eines Dritten belastet, so erwirbt der hinsichtlich dieses Rechtes redliche Pfandnehmer (§ 368) ein vorrangiges Pfandrecht.⁴⁷</p>

ziemlich schwerfällig werden und andererseits rechtspolitische Entscheidungen vorweg nehmen, weshalb hier einer weitgehenden Orientierung am bisher Geregelter der Vorzug gegeben wird.

³⁹ Abstimmungsbedarf: „Pfandnehmer“! In diesem Kontext ist Pfandnehmer aber wohl passender als Pfandgläubiger (vgl. *Hinteregger/Pobatschnig* in *Schwimann/Kodek III*⁵ § 456 Rz 8 f).

⁴⁰ Diese eher verwirrende Ergänzung „oder dritte Personen“ stammt aus dem HaRÄG 2005 und soll offenbar darauf hinweisen, dass nach allgemeinem Schadenersatzrecht uU auch andere Personen ersatzpflichtig sein können (*Schauer in Krejci*, Reformkommentar UGB-ABGB, § 456 ABGB Rz 2). Damit wäre aber die Streichung der gesamten Konkretisierung mangels normativer Bedeutung vorzugswürdig (so in der Alternative).

⁴¹ Die Rechtmäßigkeit ergibt sich aus der Pfandvereinbarung und wird in der Alternative daher nicht mehr eigens genannt.

⁴⁵ Nach hA ist § 371 neben § 367 gleichermaßen zu berücksichtigen [*Hofmann in Rummeß* § 456 Rz 3 (Stand 1.1.2000, rdb.at); *Frotz*, Aktuelle Probleme des Kreditsicherungsrechts: Gutachten (1970) 38; ähnlich *Welser/Kletečka*, Grundriss I¹⁵ Rz 1211; *Iro/Riss*, Sachenrecht⁷ Rz 10/18; *Koch* in KBB⁶ § 456 Rz 1 ua].

⁴⁶ Die Einbeziehung auch dieser Norm ist von der hA gedeckt: *Klang* in *Klang II*² 456; *Hinteregger/Pobatschnig* in *Schwimann/Kodek III*⁵ § 456 Rz 4; *Oberhammer/Domej* in *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON^{1.03} § 456 Rz 3 (Stand 1.5.2017, rdb.at).

⁴⁷ Diese Formulierung ist deutlich kürzer, sagt aber sehr klar, worum es geht. Mit der umständlichen Formulierung aE des Originaltextes sollte nach dem Vorbild des § 1208 bzw des § 932 BGB (iSd BGB-Modells für diese Problematik) die Beweislast zugunsten der (vermuteten) Redlichkeit des Pfandnehmers geregelt werden. Das ist wegen der weit verstandenen Redlichkeitsvermutung des § 328 aber zum einen nicht nötig; zum anderen ist eine solche Regelungstechnik im ABGB unüblich.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
Objektiver Umfang des Pfandrechtes			Umfang des Pfandrechts	
§ 457. ¹ Das Pfandrecht erstreckt sich auf alle zu dem freien ⁴⁸ Eigentume des Verpfänders gehörige Teile, auf Zuwachs und Zugehör des Pfandes, folglich auch auf die Früchte, ins solange sie noch nicht abgesondert oder bezogen sind. ² Wenn also ein Schuldner einem Gläubiger sein Gut, und einem andern später die Früchte desselben verpfändet; so ist die spätere Verpfändung nur in Rücksicht auf die schon abgesonderten und bezogenen Früchte wirksam.	Reichweite des Pfandrechts	idF JGS 1811/946	§ 457. (1) Das Pfandrecht erstreckt sich auf alle zum Eigentum des Verpfänders gehörenden Teile sowie auf Zuwachs und Zugehör ⁴⁹ der Pfandsache; damit auch auf die Früchte, solange sie noch nicht abgesondert oder bezogen sind. (2) ⁵⁰ Verpfändet ein Schuldner einem Gläubiger sein Gut und einem anderen später die Früchte dieses Gutes, so ist die spätere Verpfändung daher nur hinsichtlich der schon abgesonderten und bezogenen Früchte wirksam.	<i>Abs 2 könnte entfallen, da er nur ein – nicht (mehr) allzu wichtiges – Beispiel enthält.</i>
Rechte und Verbindlichkeiten des Pfandgläubigers:			Rechte und Pflichten des Pfandgläubigers	
a) bei Entdeckung eines unzureichenden Pfandes;			Unzureichendes Pfand	
§ 458. Wenn der Wert eines Pfandes durch Verschulden des Pfandgebers, oder wegen eines	Unzureichendes Pfand	idF JGS 1811/946	§ 458. Reicht der Wert der Pfandsache wegen eines erst nachträg-	<i>Auch hier wäre de lege ferenda wohl manches zu ändern:</i>

⁴⁸ Abstimmungsbedarf: „freie Eigentum“! Ähnliches kommt in den §§ 324, 614 und 1236 vor. Der Begriff „frei“ scheint hier ohne normative Bedeutung zu sein, weshalb er im Textvorschlag (zunächst) gestrichen wurde.

⁴⁹ Abstimmungsbedarf: „Zuwachs und Zugehör“! Abstimmungsbedarf besteht mit allgemeinen Vorschriften (insb „Zugehör“)

⁵⁰ Änderungsbedarf, ob in einem solchen Fall (Satz 2 erläutert Satz 1 nur) aus Gründen der Übersichtlichkeit ein Absatz gesetzt werden soll oder nicht.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
erst offenbar gewordenen Mangels der Sache zur Bedeckung der Schuld nicht mehr ausreichend gefunden wird; so ist der Gläubiger berechtigt, von dem Pfandgeber ein anderes angemessenes Pfand zu fordern.			lich erkannten Mangels oder infolge eines Verschuldens des Pfandbestellers nicht mehr zur Abdeckung der gesicherten Schuld aus, so kann der Gläubiger vom Pfandbesteller ein anderes angemessenes Pfand verlangen.	1. § 1374 sieht grundsätzlich ein Pfand mit dem doppelten Wert der Schuld vor, hier wird aber nur auf „Bedeckung“ der Schuld abgestellt. 2. Gegen Ende wohl besser: „anderes oder zusätzliches“.
b) vor dem Verfall;			Vor Fälligkeit der gesicherten Forderung	
§ 459. ¹ Ohne Bewilligung des Pfandgebers darf der Gläubiger das Pfandstück nicht benützen; er muß es vielmehr genau bewahren, und, wenn es durch sein Verschulden in Verlust gerät, dafür haften. ² Geht es ohne sein Verschulden verloren, so verliert er deswegen seine Forderung nicht.	Rechtsstellung des Pfandnehmers vor Pfandreife	idF JGS 1811/946	§ 459. ¹ Ohne Zustimmung des Pfandbestellers darf der Gläubiger die Pfandsache nicht benützen. ² Vielmehr muss er sie sorgfältig verwahren ⁵¹ . ³ Gerät sie durch sein Verschulden in Verlust, hat er dafür zu haften. ⁴ Verlust ohne sein Verschulden lässt die gesicherte Forderung unberührt.	<i>Da die Sätze 3 und 4 des Textvorschlags bloß Selbstverständliches sagen, könnte man sie ohne weiteres streichen. Wenn nicht, sollte man nicht nur den Verlust erwähnen, sondern auch Beschädigung und Zerstörung.</i>
§ 460. Hat der Gläubiger das Pfand weiter verpfändet; so haftet er selbst für einen solchen Zufall, wodurch das Pfand bei ihm nicht zu Grunde gegangen	Zufallshaftung bei Afterverpfändung	idF JGS 1811/946	§ 460. Ein Pfandgläubiger haftet dem Eigentümer ⁵² nach Afterverpfändung für eine bloß zufällige Verschlechterung der Pfandsa-	<i>Möglichkeiten de lege ferenda: Mit § 965 koordinieren (wo es nur um die Weitergabe durch den Verwahrer ohne Erlaubnis geht) oder</i>

⁵¹ Vgl § 1369. Damit wird zugleich ein Hinweis auf den objektiven Sorgfaltsmaßstab gegeben. De lege ferenda sollten die §§ 451 ff mit den §§ 1368 ff genau koordiniert, am besten wohl auch zusammengeführt werden. (In diesem Sprachprojekt kann nur auf eine gewisse terminologische Angleichung geachtet werden.)

⁵² Die Originalfassung lässt den Gläubiger ganz offen. Geschädigt ist aber immer der Eigentümer; auch dann, wenn ausnahmsweise einmal eine fremde Sache wirksam verpfändet wurde, also ein Nichteigentümer Pfandbesteller ist.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
oder verschlimmert worden wäre.			che, wenn diese Verschlechterung in seiner Verwahrung nicht erfolgt wäre. ⁵³	<i>Zulässigkeit der Afterverpfändung an die Gestattung durch den Pfandbesteller knüpfen (mE vorzugswürdig).</i>
<p>§ 460a. (1) ¹Wenn eine bewegliche körperliche Sache einschließlich eines Inhaber- oder Orderpapiers als Pfand zu verderben oder erheblich und dauernd so an Wert zu verlieren droht, dass die Sicherheit des Pfandgläubigers gefährdet wird, kann dieser das Pfand bereits vor der Fälligkeit seiner Forderung gemäß den §§ 466a bis 466d außergerichtlich verwerten. ²Der Pfandgläubiger hat dem Pfandgeber tunlichst⁵⁴ die Gelegenheit zur Leistung einer anderweitigen⁵⁵ Sicherheit einzuräumen.</p>	Vorzeitige Verwertung	idF BGBl I 2005/120	<p>§ 460a. (1) ¹Droht eine verpfändete bewegliche körperliche Sache einschließlich eines Inhaber- oder Orderpapiers als Pfand zu verderben oder erheblich und dauernd so an Wert zu verlieren, dass die Sicherheit des Pfandgläubigers gefährdet wird, kann dieser das Pfand bereits vor der Fälligkeit seiner Forderung gemäß den §§ 466a bis 466d außergerichtlich verwerten. ²Soweit möglich, hat der Pfandgläubiger dem Pfandbesteller die Gelegenheit zur Leistung einer anderen Sicherheit zu geben.</p>	<p>§ 460a. (1) ¹Droht eine verpfändete bewegliche körperliche Sache einschließlich eines Inhaber- oder Orderpapiers als Pfand zu verderben oder erheblich und dauernd so an Wert zu verlieren, dass die Sicherheit des Pfandgläubigers gefährdet wird, kann dieser das Pfand bereits vor der Fälligkeit seiner Forderung gemäß den §§ 466a bis 466d außergerichtlich verwerten. ²Soweit möglich, hat der Pfandgläubiger dem Pfandbesteller die Gelegenheit zur Leis-</p>

⁵³ Historisch gesehen sollte gerade (auch) die zulässige Afterverpfändung erfasst werden; offenbar als Ausgleich für die gesetzliche Gestattung einer solchen Verpfändung (vgl. Zeiller, Kommentar II/1 272 f). Eine solche Haftung ohne Rechtswidrigkeit und Verschulden entspricht zwar nicht dem System des ABGB-Schadenersatzrechts (siehe demgegenüber § 965), soll hier als klare gesetzgeberische Entscheidung aber nicht in Frage gestellt werden. Allenfalls Abstimmungsbedarf: „mit § 965“!

⁵⁴ Abstimmungsbedarf: „tunlich“! Erstaunlicherweise ist dieser merkwürdige und unklare Begriff – in verschiedenen Formen (auch tunlich, Tunlichkeit; hier in § 460a sogar im Superlativ!) – sogar in neueren Normen sehr gebräuchlich, so zB im UGB, KSchG, neueren Normen des ABGB; vgl. auch etwa „nach Möglichkeit oder Tunlichkeit“ in § 904). Im Textvorschlag wurde hier zunächst „soweit möglich“ gewählt. „Untunlich“ wäre eine Aufforderung aber wohl auch etwa dann, wenn klar ist, dass der Pfandbesteller nichts anderes hat oder dieser schon bisher wenig kooperativ war (Zumutbarkeitsaspekt?). Der Duden zeigt eine Vielzahl von Bedeutungen, unter denen einerseits „möglich“, andererseits ratsam, empfehlenswert, passend uä vorkommt.

⁵⁵ Ausdruck (oft mit örtlichem Bezug gebraucht) passt hier wohl nicht.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
(2) ¹ Der Erlös tritt an die Stelle des Pfandes. ² Auf Verlangen des Pfandgebers ist der Erlös zu hinterlegen.			(2) ¹ Der Erlös tritt an die Stelle des Pfandes. ² Auf Verlangen des Pfandbestellers ist der Erlös zu hinterlegen.	tung einer anderen gleichwertigen ⁵⁶ Sicherheit Zug um Zug gegen Rückgabe der bisherigen zu geben. (2) ¹ Ein Verwertungserlös tritt an die Stelle des Pfandes. ² Auf Verlangen des Pfandbestellers ist der Erlös gerichtlich ⁵⁷ zu hinterlegen.
c) nach dem Verfall der Forderung			Nach Fälligkeit der gesicherten Forderung	
§ 461. ¹ Wird der Pfandgläubiger nach Verlauf der bestimmten Zeit nicht befriedigt; so ist er befugt, die Feilbietung des Pfandes gerichtlich zu verlangen. ² Das Gericht hat dabei nach Vorschrift der Gerichtsordnung zu verfahren.	Rechtsstellung des Pfandnehmers nach Pfandreife	idF JGS 1811/946	§ 461. ¹ Wird der Pfandgläubiger nach Fälligkeit der gesicherten Forderung nicht befriedigt, so kann er die Versteigerung ⁵⁸ des Pfandes gerichtlich verlangen. ² Das Gericht hat dabei nach den geltenden Verfahrensvorschriften vorzugehen. ⁵⁹	§ 461. Wird der Pfandgläubiger nach Fälligkeit der gesicherten Forderung nicht befriedigt, so kann er ein Gerichtsverfahren einleiten, um die Verwertung des Pfandes zu erreichen.

⁵⁶ Dieser nicht unwichtige Aspekt fehlt im Originaltext; das ergänzte Wort „gleichwertig“ (idS etwa auch *Schauer* in *Krejci*, RK UGB-ABGB § 460a ABGB Rz 5; *Hinteregger/Pobatschnig* in *Schwimann/Kodek* III⁵ § 460a Rz 6) meint selbstverständlich eine Sache, die diesen Wert (aller Voraussicht nach) auch behält und zumindest so gut/leicht verwertbar ist wie die ursprüngliche Pfandsache. In den Materialien (ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 68) ist davon die Rede, die Verpflichtung stehe „unter dem Vorbehalt, dass ein derartiger Austausch für den Pfandgläubiger nach den Umständen des Einzelfalls tunlich ist“.

⁵⁷ Das ist gemeint: ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 68.

⁵⁸ Das ist wohl die passende „Übersetzung“. Da der Begriff aber wohl zu eng ist (man denke an die Zwangsverwaltung einer Liegenschaft oder an die Überweisung einer Geldforderung zur Einziehung), wird in der Alternative allgemeiner von „Verwertung“ gesprochen.

⁵⁹ Dieser Satz ist selbstverständlich und wird in der Alternative daher gestrichen. Umstritten scheint bloß zu sein, ob vom Gläubiger sofort ein Exekutionsverfahren eingeleitet werden kann oder – so die hA (siehe nur *Koch* in *KBB*⁶ § 461 Rz 1) – zuerst mittels Klage eine rechtskräftige Entscheidung erlangt werden muss. Die Klärung dieser Frage geht über das Umformulieren hinaus.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>§ 462. Vor der Feilbietung des Gutes ist jedem darauf eingetragenen⁶⁰ Pfandgläubiger die Einlösung der Forderung, wegen welcher die Feilbietung angesucht worden, zu gestatten.</p>	<p>Einlösungsrecht der Pfandgläubiger</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 462. Vor der Versteigerung der Pfandsache ist jedem Pfandgläubiger die Einlösung jener Forderung, zu deren Hereinbringung die Versteigerung beantragt wurde, zu gestatten (§ 1422).</p>	<p>§ 462. (1) Der Eigentümer einer Pfandsache, die für eine fremde Schuld haftet, hat das Recht, die gesicherte Forderung zu bezahlen (§ 1358), wodurch das Pfandrecht erlischt.⁶¹ (2) Auch hat jeder sonstige Pfandgläubiger das Recht, jene Forderung einzulösen (§ 1422), zu deren Hereinbringung die Verwertung der Pfandsache droht.</p>
<p>§ 463. Schuldner haben⁶² kein Recht, bei Versteigerung einer von ihnen verpfändeten Sache mitzubieten.</p>	<p>Ausschluss des Schuldners</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 463. Schuldner dürfen bei der Versteigerung einer von ihnen verpfändeten Sache nicht mitbieten.</p>	<p>§ 463. Der Schuldner der gesicherten Forderung darf bei der Versteigerung der Pfandsache nicht mitbieten.⁶³</p>
<p>§ 464. Wird der Schuldbetrag aus dem Pfande nicht gelöst, so</p>	<p>Minder- und Mehrerlös</p>	<p>idF JGS 1811/946</p>	<p>§ 464. ¹Liegt der Verwertungserlös⁶⁵ unter der gesicherten Schuld, so hat der Schuldner den</p>	

⁶⁰ Die auf unbewegliche Sachen bezogene Wendung „darauf eingetragenen“ sollte gestrichen werden, da es auch bei beweglichen Sachen mehrere Pfandrechte geben kann, die insofern gleich behandelt werden müssen (vgl. schon *Zeiller*, Kommentar II/1 276).

⁶¹ Obwohl im Ergebnis wohl unbestritten, ist dem Gesetz selbst nicht klar zu entnehmen, dass der Drittpfandbesteller seine Sache trotz § 1423 auch gegen den Willen des Gläubigers durch Bezahlung der gesicherten Schuld vor der Versteigerung retten kann. (§ 1358 regelt nur gewisse Konsequenzen einer solchen Zahlung.) Es empfiehlt sich daher dringend eine Norm, die das klar ausspricht. Sie könnte an diese Stelle platziert werden.

⁶² Warum hier die Mehrzahl gewählt wurde, lässt sich aus den Materialien nicht klären.

⁶³ Die hA will auch den „Realschuldner“ ausschließen; mE zu Unrecht und zu Lasten der Gläubiger, für die ein weiterer Interessent nur günstig sein kann. In der Alternative wird daher sachgerechterweise auf den „Personalschuldner“ eingeschränkt; allein von diesem spricht etwa auch *Zeiller* (Kommentar II/1 277) und die von ihm gegebene Begründung.

⁶⁵ Allenfalls: „Versteigerungserlös“.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
ersetzt der Schuldner das Fehlende; ihm ⁶⁴ fällt aber auch das zu, was über den Schuldbetrag gelöst wird.			Fehlbetrag zu leisten. ² Ein Mehrerlös steht dem früheren ⁶⁶ Pfand-eigentümer zu.	
§ 465. Inwiefern ein Pfandgläubiger sich an sein Pfand zu halten schuldig; oder, auf ein anderes Vermögen seines Schuldners zu greifen berechtigt sei, bestimmt die Gerichtsordnung.	Rechte des Pfandgläubigers	idF JGS 1811/946	§ 465. Ob ein Pfandgläubiger auch auf anderes Vermögen seines Schuldners greifen darf, oder ob er sich vorrangig aus der Pfandsache befriedigen muss, ergibt sich aus § 263 Exekutionsordnung.	§ 465. ¹ Der Pfandgläubiger kann frei wählen, ob er Befriedigung aus der Pfandsache oder aus anderen Vermögenswerten seines Schuldners sucht. ⁶⁷ ² Eine Ausnahme davon regelt § 263 Exekutionsordnung.
§ 466. Hat der Schuldner während der Verpfändungszeit ⁶⁸ das Eigentum der verpfändeten Sache auf einen andern übertragen; so steht dem Gläubiger frei, erst ⁶⁹ sein persönliches Recht gegen den Schuldner, und dann seine volle Befriedigung an der verpfändeten Sache zu suchen.	Eigentümerwechsel an der Pfandsache	idF JGS 1811/946	§ 466. Wurde ⁷⁰ das Eigentum an der Pfandsache nach der Verpfändung an jemand anderen übertragen, so kann der Gläubiger gegen seinen Schuldner vorgehen oder Befriedigung aus der verpfändeten Sache suchen.	§ 466. ¹ Hat nach der Verpfändung hinsichtlich der Pfandsache ein Eigentümerwechsel stattgefunden, so bleibt das Pfandrecht in aller Regel aufrecht (§ 367 Abs. 2). ² In diesem Fall kann der Gläubiger weiterhin die Verwertung der verpfändeten Sache betreiben.

⁶⁴ Auch hier (und in § 466 usw) wird nur an die Verpfändung eigener Sachen durch den persönlichen Schuldner gedacht, wodurch viel Verwirrung entsteht. Schon in den Textvorschlägen wird versucht, das jeweils Gemeinte zu treffen.

⁶⁶ Allenfalls auch: „vormaligen“. Von „Pfandeigentümer“ allein sollte hingegen nicht gesprochen werden, da nach der Verwertung der Erwerber Eigentümer ist.

⁶⁷ Der Originaltext spricht bloß – verweisend – eine Ausnahme an; die Alternative beginnt hingegen mit dem unbestrittenen Grundsatz.

⁶⁸ Mit dieser wenig klaren Wendung sollte offenbar die Zeit zwischen Verpfändung und Fälligkeit gemeint sein (vgl *Zeiller*, Kommentar II/1 279). Allerdings muss Gleiches nach Fälligkeit gelten, weshalb eine weitere Formulierung zu bevorzugen ist.

⁶⁹ Norm widersprüchlich („steht frei“, aber „erst“ und „dann“), wobei zumindest heute ganz unbestritten ist, dass der Gläubiger frei wählen kann, wen er zuerst belangt [siehe nur *Hofmann* in *Rummeß* § 466 Rz 3 (Stand 1.1.2000, rdb.at)].

⁷⁰ Passive Formulierung ist besser, da die Übertragung ja nicht durch den Schuldner erfolgen muss (nicht einmal zwingend durch den Pfandeigentümer).

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
d) außergerichtliche Pfandverwertung⁷¹			Außergerichtliche Pfandverwertung	
<p>§ 466a. (1) Der Pfandgläubiger kann sich aus einer beweglichen körperlichen Sache (§ 460a Abs. 1), die ihm verpfändet worden ist oder an der er ein gesetzliches Pfandrecht erworben hat, auch durch den Verkauf der Sache befriedigen.</p> <p>(2) Der Pfandgläubiger hat bei der Verwertung der Sache angemessen auf die Interessen des Pfandgebers Bedacht zu nehmen.⁷²</p> <p>(3) ¹Der Pfandgläubiger und der Pfandgeber können abweichende Arten der außergerichtlichen Pfandverwertung vereinbaren. ²Besondere Vorschriften</p>	Verwertung durch Pfandverkauf	idF BGBl I 2005/120	<p>§ 466a. (1) Aus einer beweglichen körperlichen Sache (§ 460a Abs. 1), die ihm verpfändet worden ist oder an der er ein gesetzliches Pfandrecht erworben hat⁷³, kann sich der Pfandgläubiger auch durch Verkauf (§ 466b Abs. 2 und Abs. 4) befriedigen.</p> <p>(2) Dabei hat er die Interessen des Pfandbestellers⁷⁴ angemessen zu berücksichtigen.⁷⁵</p> <p>(3) Pfandgläubiger und Pfandbesteller können auch andere Formen außergerichtlicher Pfandverwertung vereinbaren.</p> <p>(4) Besondere Vorschriften über die außergerichtliche Verwertung von Sicherheiten bleiben unberührt.</p>	

⁷¹ Diese Normengruppe fand sich früher nur im Handelsrecht (Art 14 und 15 der 4. EVHGB mit Verweisen auf das deutsche BGB) und wurde im Zuge der „Umstellung“ des HGB auf ein UGB in das ABGB transferiert und bei dieser Gelegenheit umfassend formuliert.

⁷² Zu dieser wenig greifbaren „Generalklausel“ ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 68. Zum normativ kaum greifbaren Wort „angemessen“ vgl OGH 6 Ob 111/10g ÖBA 2010, 769 (Prävalenz der Gläubigerinteressen, was an sich selbstverständlich ist und für die Grenzziehung wenig hergibt).

⁷³ Eine Verkürzung auf erworbene Pfandrechte schlechthin empfiehlt sich nicht, da für die Verwertung exekutiv erworbener Pfandrechte eigene Vorschriften in der EO existieren.

⁷⁴ Sachgerechter wäre es, hier auf den Pfandeigentümer abzustellen (was möglicherweise ohnehin gemeint war).

⁷⁵ Dieser Absatz könnte de lege ferenda gestrichen werden, weil die folgenden Bestimmungen die Interessen des Pfandbestellers bzw -eigentümers ausreichend (und abschließend?) beachten.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
über die außergerichtliche Verwertung von Sicherheiten bleiben unberührt.				
<p>§ 466b. (1) ¹Der Pfandgläubiger hat dem Pfandgeber nach Eintritt der Fälligkeit der gesicherten Forderung den Verkauf der Sache anzudrohen, soweit dies nicht untunlich⁷⁶ ist. ²Er hat dabei die Höhe der ausstehenden Forderung anzugeben. ³Der Verkauf darf erst einen Monat nach dessen Androhung oder, wenn diese untunlich war, nach Eintritt der Fälligkeit stattfinden. ⁴Besteht an der Sache ein anderes Pfandrecht, so hat der Gläubiger den Verkauf auch dem anderen Pfandgläubiger anzudrohen. ⁵Diesem ist die Einlösung der Forderung zu gestatten (§ 462). (2) Der Verkauf ist im Wege einer öffentlichen Versteigerung</p>	Androhung des Pfandverkaufs; Modalitäten des Verkaufs	idF BGBl I 2005/120	<p>§ 466b. (1) ¹Soweit möglich, hat der verwertungswillige⁷⁸ Pfandgläubiger dem Pfandbesteller sowie allfälligen weiteren Pfandgläubigern (§ 462) nach Eintritt der Fälligkeit der gesicherten Forderung den Verkauf der Sache für den Fall anzudrohen, dass er die ihm zustehende Leistung nicht erhält⁷⁹. ²Dabei hat er die Höhe der ausstehenden Forderung anzugeben. ³Der Verkauf darf erst einen Monat nach dieser Androhung stattfinden; war sie unmöglich, einen Monat nach Eintritt der Fälligkeit. (2) Der Verkauf hat im Wege einer öffentlichen Versteigerung durch einen dazu befugten Unternehmer zu erfolgen.</p>	

⁷⁶ Abstimmungsbedarf: „tunlich“! Begriff kommt – nicht nur – im ABGB öfters vor, ist aber nicht leicht greifbar. Hier scheint es schlicht um die Möglichkeit zu gehen (vgl. nur *Hinteregger/Pobatschnig* in *Schwimann/Kodek III* § 466b Rz 3: Aufenthalt unbekannt), weshalb bei § 466b diese „Übersetzung“ gewählt wird.

⁷⁸ § 1232 BGB spricht von dem den Verkauf betreibenden Pfandgläubiger, was aber im bloßen Androhungsstadium nicht ganz passt, weshalb der Ausdruck „verwertungswillig“ als besser geeignet angesehen wird.

⁷⁹ Mit dieser Ergänzung wird viel deutlicher, worum es eigentlich geht.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>durch einen dazu befugten Unternehmer zu bewirken⁷⁷.</p> <p>(3) ¹Zeit und Ort der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung des Pfandes öffentlich bekannt zu machen. ²Der Pfandgeber und Dritte, denen Rechte am Pfand zustehen, sind hievon zu benachrichtigen.</p> <p>(4) ¹Sachen mit einem Börsen- oder Marktpreis dürfen zu diesem Preis vom Pfandgläubiger auch aus freier Hand verkauft werden. ²Wertpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, sowie Sparurkunden dürfen nur aus freier Hand zu ihrem Preis oder Wert verkauft werden.</p>			<p>(3) ¹Zeit und Ort der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung der Pfandsache öffentlich bekannt zu machen. ²Der Pfandbesteller und Dritte, denen Rechte an der Pfandsache⁸⁰ zustehen, sind hiervon⁸¹ zu benachrichtigen.</p> <p>(4) ¹Sachen mit einem Börsen- oder Marktpreis⁸² dürfen vom Pfandgläubiger zu diesem Preis auch aus freier Hand⁸³ verkauft werden. ²Entsprechendes gilt für Sparurkunden.⁸⁴</p>	
<p>§ 466c. (1) ¹Das Pfand darf nur mit der Bestimmung verkauft werden, dass der Erwerber den Kaufpreis sofort zu entrichten</p>	<p>Gebot der Kaufpreiszahlung Zug um Zug; Verständigungspflicht;</p>	<p>idF BGBl I 2005/120</p>	<p>§ 466c. (1) ¹Die Pfandsache darf nur mit der Bestimmung verkauft werden, dass der Erwerber den Kaufpreis sofort zu entrichten hat.</p>	<p>§ 466c. (1) ¹Die Pfandsache darf vom Pfandgläubiger nur Zug um Zug gegen Entrichtung</p>

⁷⁷ „Bewirken“ legt die Pflicht eines Beteiligten nahe, der hier aber nicht genannt wird (wohl des innehabenden Pfandgläubigers). Daher sollte man entweder diesen nennen oder – so der Textvorschlag – „moderner“ formulieren.

⁸⁰ Dazu gehört auch der Afterpfandgläubiger: *Apathy*, JBl 1979, 518 (520, 528).

⁸¹ Allenfalls (konsequenterweise) auch hier „nach Möglichkeit“ ergänzen.

⁸² De lege ferenda wäre es wohl günstig, diesen Begriff näher zu umschreiben; so etwa im Rahmen der §§ 303 ff. Darauf wäre dann hier zu verweisen.

⁸³ Kein Terminus des allgemeinen Sprachgebrauchs, daher eventuell bloß „frei“ (oder „freihändig“) „verkauft“.

⁸⁴ Wertpapiere mit Börsen- oder Marktpreis fallen ohne weiteres unter Satz 1 (sicherheitshalber könnte man auch schreiben: „Sachen einschließlich Wertpapiere mit ...“). Für Sparurkunden ist „entsprechend“ wohl am passendsten, da sie einen eindeutigen Wert haben, der verlangt werden muss.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>hat. ²Wird die Sache dem Erwerber vor der Entrichtung des Preises übergeben, so gilt auch der Kaufpreis als dem Pfandgläubiger übergeben.</p> <p>(2) Der Pfandgläubiger hat den Pfandgeber vom Verkauf des Pfandes und von dessen Ergebnis unverzüglich zu verständigen.</p> <p>(3) ¹Mit dem Verkauf erlöschen die Pfandrechte an der Sache selbst. ²Das Gleiche gilt für andere dingliche Rechte, sofern diese nicht allen Pfandrechten im Rang vorgehen.</p> <p>(4) ¹Der Kaufpreis gebührt dem Pfandgläubiger nach Maßgabe seines Ranges im Ausmaß der gesicherten Forderung und der angemessenen Kosten einer zweckentsprechenden Verwer-</p>	<p>Folgen des Verkaufs</p>		<p>²Wird die Sache dem Erwerber vor der Preiszahlung übergeben, so gilt der Kaufpreis als dem Pfandgläubiger zugleich übergeben.</p> <p>(2) Der Pfandgläubiger hat den Pfandbesteller⁸⁵ vom Verkauf der Pfandsache und von dessen Ergebnis unverzüglich zu verständigen.</p> <p>(3) ¹Mit der Übergabe an den Käufer⁸⁶ erlöschen die auf der Sache lastenden Pfandrechte. ²Das Gleiche gilt für andere dingliche Rechte, sofern diese nicht allen Pfandrechten im Rang vorgehen.</p> <p>(4) ¹Der Kaufpreis gebührt dem verkaufenden Pfandgläubiger seinem Rang entsprechend im Ausmaß der gesicherten Forderung</p>	<p>des Kaufpreises übergeben⁸⁸ werden. ²Wird die Sache dem Erwerber vor der Preiszahlung übergeben, so gilt der Kaufpreis dennoch gegenüber allen an der Sache bisher Berechtigten⁸⁹ als dem Pfandgläubiger zugleich bezahlt.</p> <p>(2) Der Pfandgläubiger hat den Pfandbesteller vom Verkauf der Pfandsache und von dessen Ergebnis unverzüglich zu verständigen.</p> <p>(3) ¹Mit der Übergabe an den Käufer erlöschen die auf der Sache lastenden Pfandrechte. ²Das Gleiche gilt für andere dingliche Rechte, sofern diese nicht allen Pfandrechten im Rang vorgehen.</p> <p>(4) Der Kaufpreis gebührt dem verkaufenden Pfandgläubiger in</p>

⁸⁵ Abstimmungsbedarf: „Pfandbesteller“! (Pfandgeber – Pfandbesteller – Verpfänder, Pfandnehmer – Pfandgläubiger, ...)

⁸⁶ Die Bezugnahme auf den „Verkauf“ (= Titel) im Originaltext ist nicht präzise; vielmehr kann in Bezug auf dingliche Rechte nur die Übergabe an den Käufer entscheidend sein.

⁸⁸ Darauf kommt es an; ob dem eine entsprechende Vereinbarung zugrunde liegt, ist nicht entscheidend. Aus Vereinfachungsgründen wird die „Vorauskasse“ nicht erwähnt; dass sie ausreicht, ergibt ein Größenschluss aus dem klaren Zweck der Vorschrift.

⁸⁹ Diese klarstellende Ergänzung empfiehlt sich, weil die Fiktion gegenüber dem Käufer ja keinesfalls eingreifen soll, was aber von der aktuellen Formulierung gedeckt wäre.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>ung. ²Im Übrigen tritt der Anspruch des Pfandgebers auf Herausgabe des Mehrbetrags an die Stelle des Pfandes.</p> <p>(5) Wenn der Pfandgläubiger und der Pfandgeber eine abweichende Art der Pfandverwertung vereinbaren und am Pfand einem Dritten ein Recht zusteht, das durch die Verwertung erlischt, so bedarf die Vereinbarung zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Dritten.</p>			<p>und der angemessenen Kosten einer zweckentsprechenden⁸⁷ Verwertung. ²Im Übrigen tritt der Anspruch des früheren Pfandeigentümers auf Herausgabe des Mehrbetrags an die Stelle der Pfandsache.</p> <p>(5) Steht einem Dritten an der Pfandsache ein Recht zu, das durch die Verwertung erlöschen würde, so bedarf die zwischen Pfandgläubiger und Pfandbesteller getroffene Vereinbarung einer abweichenden Verwertungsart der Zustimmung dieses Dritten.</p>	<p>Höhe der erforderlichen Verwertungskosten⁹⁰ sowie seinem Rang entsprechend bis zur Höhe der gesicherten Forderung.</p> <p>(5) ¹An die Stelle der Pfandsache tritt ein verbleibender Anspruch des früheren Pfandeigentümers auf Herausgabe jenes Erlösanteils, der dem verkaufenden Pfandgläubiger nicht gebührt⁹¹. ²An diesem Anspruch bestehen etwaige dingliche Rechte Dritter, die bisher die Pfandsache belastet haben.⁹²</p> <p>(6) Steht einem Dritten an der Pfandsache ein Recht zu, das durch die Verwertung erlöschen würde, so ist die zwischen Pfandgläubiger und Pfandbesteller getroffene Vereinbarung</p>

⁸⁷ Da Verwertungskosten nur bei „zweckentsprechender“ Verwertung angemessen sind, könnte man dieses Wort auch weglassen. Die ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 70 sprechen von den „erforderlichen Kosten der Verwertung“, was auch für das Gesetz wohl die beste Formulierung wäre (so in der Alternative).

⁹⁰ Dieser Posten wird hier vorgezogen, da er unabhängig vom Rang jedenfalls gebührt, weil diese Kosten unabhängig davon anfallen, wer die Verwertung betreibt.

⁹¹ Das ist weit passender als der Ausdruck „Mehrbetrag“, der als das, was zur Befriedigung des verwertenden Pfandgläubigers nicht nötig ist, missverstanden werden könnte (siehe nur *Schauer in Krejci*, RK UGB-ABGB § 466c ABGB Rz 9 unter Hinweis auf die ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 69 f).

⁹² Diese Rechtsfolge war vom Gesetzgeber gewollt (ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 70: „Der Anspruch auf Herausgabe des Mehrerlöses soll als Surrogat an die Stelle des Pfandes treten, sodass sich an diesem Anspruch Pfandrechte und sonstige Rechte Dritter fortsetzen, die durch die Veräußerung an der Sache selbst erlöschen.“), ergibt sich aus dem Originaltext aber nur sehr indirekt und wohl nur für Spezialisten erkennbar, weshalb sich eine klare Aussage im Gesetz selbst empfiehlt.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
				einer abweichenden Verwertungsart nur mit Zustimmung dieses Dritten wirksam.
<p>§ 466d. Wenn der Pfandgläubiger die Sache außergerichtlich als Pfand verwertet, genügt für die Redlichkeit des Erwerbers (§§ 367 und 368) der gute Glaube in die Befugnis des Pfandgläubigers, über die Sache zu verfügen.</p>	Redlichkeit des Erwerbers	idF BGBl I 2005/120	<p>§ 466d. Veräußert ein Pfandgläubiger die Pfandsache unter Hinweis auf seine Rechtsstellung⁹³, so genügt für die Redlichkeit des Erwerbers (§§ 367 und 368) der gute Glaube an die Befugnis des Pfandgläubigers, über die Sache zu verfügen.</p>	
<p>§ 466e. (1) Besteht das Pfandrecht an einem Inhaber- oder Orderpapier, so ist der Pfandgläubiger berechtigt, eine etwa erforderliche Kündigung vorzunehmen und die Forderung aus dem Wertpapier einzuziehen. (2) ¹Ist die Forderung aus dem verpfändeten Papier bereits fällig, so kann der Pfandgläubiger diese auch dann einziehen, wenn die gesicherte Forderung noch nicht fällig ist. ²In diesem Fall erwirbt der Pfandgläubiger ein Pfandrecht an der erhaltenen Leistung. ³Besteht die Leis-</p>	Verwertung eines Pfandrechts an Wertpapieren	idF BGBl I 2005/120	<p>§ 466e. (1) Besteht das Pfandrecht an einem Inhaber- oder Orderpapier, so ist der Pfandgläubiger berechtigt, eine erforderliche Kündigung vorzunehmen und die Forderung aus dem Wertpapier einzuziehen. (2) ¹Ist die Forderung aus dem verpfändeten Papier bereits fällig, so kann sie der Pfandgläubiger auch dann einziehen, wenn die gesicherte Forderung noch nicht fällig ist. ²In diesem Fall erwirbt der Pfandgläubiger ein Pfandrecht an der erhaltenen Leistung. ³Besteht die Leistung in Geld, so hat es der Pfandgläubiger nach den</p>	

⁹³ Das ist verständlicher und war auch so gemeint: vgl ErläutRV 1058 BlgNR 22. GP 70.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>tung in Geld, so hat der Pfandgläubiger den erhaltenen Betrag nach den Bestimmungen über die Anlegung von Mündelgeld zu veranlagern.</p>			Bestimmungen über die Anlegung von Mündelgeld (§§ 215 bis 220) zu veranlagern.	
Erlöschung des Pfandrechtes			Erlöschen des Pfandrechts	
<p>§ 467. Wenn die verpfändete Sache zerstört wird; wenn sich der Gläubiger seines Rechtes darauf gesetzmäßig begibt; oder, wenn er sie dem Schuldner ohne Vorbehalt zurückstellt; so erlischt zwar das Pfandrecht, aber die Schuldforderung besteht noch.</p>	Fälle des Wegfalls eines Pfandrechts	idF JGS 1811/946	<p>§ 467. (1) Das Pfandrecht erlischt, wenn</p> <p>a) die verpfändete Sache zerstört wird,</p> <p>b) der Gläubiger wirksam auf sein Pfandrecht verzichtet oder</p> <p>c) der Gläubiger die Pfandsache dem Pfandbesteller ohne Vorbehalt⁹⁴ zurückgibt.</p> <p>(2) Das Erlöschen des Pfandrechts allein lässt die gesicherte Forderung unberührt.</p>	<p>§ 467. (1) ¹Das Pfandrecht erlischt, wenn</p> <p>a) die verpfändete Sache zerstört wird,</p> <p>b) der Gläubiger wirksam auf sein Pfandrecht verzichtet oder</p> <p>c) der Gläubiger die Pfandsache dem Pfandbesteller zurückgibt.</p> <p>²Weitere Erlöschensgründe regeln § 468 und § 469 Satz 1.</p> <p>(2) Das Erlöschen des Pfandrechts allein lässt die gesicherte Forderung unberührt.</p>
<p>§ 468. Das Pfandrecht erlischt ferner mit der Zeit, auf welche es eingeschränkt war, folglich auch mit dem zeitlichen Rechte des Pfandgebers auf die verpfändete Sache⁹⁵, wenn anders die-</p>	Wegfall durch Zeitablauf	idF JGS 1811/946	<p>§ 468. ¹Befristete Pfandrechte erlöschen mit Zeitablauf. ²Von einer Befristung ist auch dann auszugehen, wenn das Recht des Pfandbestellers auf die verpfändete Sache zeitlich beschränkt war und</p>	<p><i>Beschränkt man die Regelung auf den ersten Satz des Textvorschlags, sollte man ihn wohl bei § 467 ergänzen.</i></p> <p><i>Ferner wäre de lege ferenda zu überlegen, bei den §§ 467-469 (zB im frei gewordenen § 468)</i></p>

⁹⁴ Diese Wendung wird heutzutage als sachenrechtlich irrelevant angesehen; das Pfandrecht erlischt also auch bei Sachrückgabe trotz eines entsprechenden Vorbehalts. Daher wird diese Wendung in der Alternative gestrichen.

⁹⁵ Gedacht war dabei offenbar vor allem an die befristete Fruchtnießung oder die – wohl an sich unzulässige – Verpfändung der Pfandsache durch den Pächter (siehe nur *Zeiller*, Kommentar II/1 282 mit Verweis auf die §§ 613, 707). De lege ferenda erscheint es fraglich, ob dieses komplizierte und zugleich wohl selten relevante

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
ser Umstand dem Gläubiger bekannt war, oder aus den öffentlichen Büchern bekannt sein konnte.			der Gläubiger von dieser Beschränkung wusste oder sie ihm aus dem Grundbuch bekannt sein konnte.	<i>ausdrücklich zu regeln, welchen Einfluss die <u>Verjährung</u> der gesicherten Forderung auf das Pfandrecht hat. Das wäre eine für den Rechtsanwender ausgesprochen nützliche Klarstellung.</i>
<p>§ 469. ¹Durch Tilgung der Schuld hört das Pfandrecht auf. ²Der Pfandgeber ist aber die Schuld nur gegen dem zu tilgen verbunden, daß ihm das Pfand zugleich zurückgestellt werde. ³Zur Aufhebung einer Hypothek ist die Tilgung der Schuld allein nicht hinreichend. ⁴Ein Hypothekargut bleibt so lange verhaftet, bis die Schuld aus den öffentlichen Büchern gelöscht ist. ⁵Bis dahin kann der Eigentümer des Gutes auf Grund einer Quittung</p>	Wegfall durch Tilgung der gesicherten Forderung; Besonderheiten bei Hypotheken	idF RGBI 1916/69	<p>§ 469. (1) ¹Das Pfandrecht erlischt auch durch Tilgung⁹⁶ der gesicherten Forderung. ²Der Pfand Eigentümer muss die Schuld⁹⁷ jedoch nur Zug um Zug gegen Rückgabe der Pfandsache tilgen. (2) ¹Zum Erlöschen einer Hypothek reicht die Tilgung der gesicherten Schuld nicht aus. ²Vielmehr muss die Hypothek⁹⁸ aus dem Grundbuch gelöscht werden. ³Bis dahin kann der Eigentümer des Grundstücks⁹⁹ auf Grund einer Quittung oder einer anderen</p>	<p>§ 469. (1) ¹Das Pfandrecht erlischt auch durch Tilgung der gesicherten Forderung. ²Ist der Pfand Eigentümer zur Begleichung der Schuld bereit, kann er Zug um Zug die Rückgabe der Pfandsache verlangen. (2) ...</p>

Thema [deutlich idS *Oberhammer/Domej* in *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON^{1.02} § 468 Rz 3 (Stand 1.5.2017, rdb.at)], bei dem überdies häufig auch Gutglaubensfragen zu klären sind, im Gesetz wirklich angesprochen werden sollte (siehe auch die Bemerkung in der Spalte „Alternativen“).

⁹⁶ **Abstimmungsbedarf: „Tilgung“!** Das etwas altmodische Wort „Tilgung“ oder „tilgen“ wird im ABGB an einigen Stellen verwendet (§§ 469, 470, 667, 1323, 1401, 1415). Im Zuge des ErbRÄG 2015 wurde „Schuld tilgen“ durch „Schuld erfüllen“ ersetzt. In Frage käme auch „begleichen“.

⁹⁷ „Muss die Schuld tilgen“ ist unpräzise, da der bloße Pfand Eigentümer ja nicht schuldet, sondern nur den Zugriff auf seine Sache dulden muss. Änderungsvorschlag daher in der Alternative.

⁹⁸ Dass es auf die Löschung des bücherlichen Rechts (hier also des Pfandrechts) ankommt, ist ganz hA [*Klang* in *Klang* II² 520 ff; *Oberhammer/Domej* in *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON^{1.03} § 469 Rz 1, 4 ff (Stand 1.5.2017, rdb.at); *Hofmann* in *Rummeß* § 469 Rz 1, 4 (Stand 1.1.2000, rdb.at) ua]; siehe auch die Formulierung „Pfandrecht bücherlich gelöscht“ in § 470. Daher ebenso im Textvorschlag zu § 1369 (Originaltext: „Löschung der Verbindlichkeit“).

⁹⁹ **Abstimmungsbedarf: „Grundstück“!** Statt „Gut“ wie hier „Grundstück“, oder auch „Liegenschaft“, allenfalls „unbewegliche Sache“.

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
oder einer anderen, das Erlöschen der Pfandschuld dartuenden Urkunde das Pfandrecht auf eine neue Forderung übertragen, die den Betrag der eingetragenen Pfandforderung nicht übersteigt.			Urkunde, aus der sich das Erlöschen der Pfandschuld ergibt, das Pfandrecht bis zur Höhe der eingetragenen Forderung auf eine neue Forderung übertragen.	
<p>§ 469a. ¹Bei Bestellung des Pfandrechtes kann auf dieses Verfügungsrecht nicht verzichtet werden. ²Ist jedoch im öffentlichen Buch ein der Hypothek im Rang nachfolgendes oder ihr gleichrangiges, rechtsgeschäftlich bestelltes Recht eingetragen, so kann der Eigentümer über die Hypothek nur dann verfügen, wenn er sich das Verfügungsrecht gegenüber dem Buchberechtigten vertraglich vorbehalten hat und dieser Vorbehalt im öffentlichen Buch bei der Hypothek angemerkt ist.</p>	Verfügungsrecht des Pfandeigentümers	idF BGBl I 1997/30	<p>§ 469a. (1) Auf dieses Verfügungsrecht (§ 469 Abs. 2) kann der Eigentümer bei Bestellung des Pfandrechts nicht verzichten.</p> <p>(2) Ist jedoch im Grundbuch ein der Hypothek im Rang nachfolgendes oder ihr gleichrangiges, rechtsgeschäftlich bestelltes Recht eingetragen, so kann der Eigentümer über die Hypothek nur dann verfügen, wenn er sich das Verfügungsrecht gegenüber dem nach- oder gleichrangig Berechtigten vertraglich vorbehalten hat und dieser Vorbehalt im Grundbuch bei der Hypothek angemerkt ist.</p>	
<p>§ 470. ¹Wird nach Tilgung der Schuld (§ 469) oder eingetretener Vereinigung (§ 1446), bevor</p>	Verteilung bei forderungsent- bzw bekleideter	idF RGBI 1916/69	<p>§ 470. (1) Wird die Pfandsache¹⁰⁰ nach Tilgung der Schuld (§ 469)</p>	<p>§ 470. (1) Wird die Pfandsache nach Tilgung der Schuld (§ 469) oder nach Vereinigung von Eigentum und Pfandrecht in einer</p>

¹⁰⁰ Abstimmungsbedarf: „Pfandsache“! Allenfalls auch denkbar: „verpfändetes Grundstück“, „verpfändete Liegenschaft“, ...

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>das Pfandrecht bücherlich gelöscht oder die Liegenschaft oder das Pfandrecht übertragen worden ist, das Hypothekargut zwangsweise versteigert oder dessen Zwangsverwaltung bewilligt, so ist bei Verteilung des Erlöses auf dieses Pfandrecht keine Rücksicht zu nehmen. ²Nur insoweit die durch das Pfandrecht gesicherte Forderung gegen einen Dritten noch fortbesteht oder dem Eigentümer der Ersatz für deren Tilgung gebührt (§ 1358), wird der darauf entfallende Teil dem Eigentümer zugewiesen.</p>	<p>Eigentümerhypothek</p>		<p>oder nach Vereinigung (§ 1446)¹⁰¹ zwangsweise versteigert oder wird dessen Zwangsverwaltung bewilligt, bevor das Pfandrecht im Grundbuch gelöscht oder die Liegenschaft oder das Pfandrecht übertragen wurde, so hat die Verteilung des Erlöses ohne Berücksichtigung dieses Pfandrechts zu erfolgen. (2) Soweit die durch das Pfandrecht gesicherte Forderung gegen einen Dritten fortbesteht oder dem Eigentümer Ersatz für deren Tilgung zusteht (§ 1358), wird der darauf entfallende Teil dem Eigentümer zugewiesen.</p>	<p>Person zwangsweise versteigert oder wird dessen Zwangsverwaltung bewilligt, bevor das Pfandrecht im Grundbuch gelöscht oder die Liegenschaft oder das Pfandrecht übertragen wurde, so hat die Verteilung des Erlöses ohne Berücksichtigung dieses Pfandrechts zu erfolgen, wenn der Eigentümer auch zugleich Schuldner der gesicherten Forderung war. (2) Soweit aber die durch das Pfandrecht gesicherte Forderung gegen einen Dritten fortbesteht oder dem Eigentümer Ersatz für deren Tilgung zusteht (§ 1358), wird der darauf entfallende Teil des Erlöses dem Eigentümer zugewiesen.</p>
Von dem Retentionsrechte			Zurückbehaltungsrecht	
<p>§ 471. (1) Wer zur Herausgabe einer Sache verpflichtet ist, kann sie zur Sicherung seiner fälligen Forderungen wegen des für die</p>	<p>Zurückbehaltungsrecht</p>	<p>idF RGBI 1916/69</p>	<p>§ 471. (1) ¹Wer zur Herausgabe einer Sache verpflichtet ist, kann sie zur Sicherung seiner fälligen Forderungen wegen</p>	

¹⁰¹ Der Gesetzestext ist zwar bereits komplex und nicht leicht zugänglich. Dennoch dürfte es der Klarstellung dienen, kurz zu sagen, was hier vereinigt wird (Vorschlag dazu in der Alternative).

Originaltext	Regelungsinhalt	Bemerkungen (zB zum Alter, zu Schnittstellen mit anderen Normen)	Textvorschlag	Alternativen
<p>Sache gemachten Aufwandes oder des durch die Sache ihm verursachten Schadens mit der Wirkung zurückbehalten, daß er zur Herausgabe nur gegen die Zug um Zug zu bewirkende Gegenleistung verurteilt werden kann.</p> <p>(2) Die Ausübung des Zurückbehaltungsrechtes kann durch Sicherheitsleistung abgewendet werden; Sicherheitsleistung durch Bürgen ist ausgeschlossen.</p>			<p>a) des für die Sache gemachten Aufwandes oder</p> <p>b) des ihm durch die Sache verursachten Schadens zurückbehalten. ²Tut er dies, kann er zur Herausgabe der Sache nur Zug um Zug gegen die ihm zustehende Leistung verurteilt werden.</p> <p>(2) Die Ausübung des Zurückbehaltungsrechts kann durch Sicherheitsleistung (§ 1373) abgewendet werden; Sicherheitsleistung durch Bürgen ist ausgeschlossen.</p>	